

Basel prüft Endlager-Risiko

Behörden verlangen Expertise, Regierung in Liestal wartet ab

MICHAEL ROCKENBACH

Das Basler Gesundheitsdepartement erwägt, eine Studie über das Gefahrenpotenzial der geplanten Atom-Endlager in Auftrag zu geben. Die Baselbieter Regierung tut dagegen erst einmal gar nichts.

Die Suche nach einem Standort für ein Atom-Endlager kommt in die entscheidende Phase. Das Bundesamt für Energie prüft nun die Vorschläge der Nagra und will bis spätestens 2011 zwei mögliche Deponiestandorte für stark radioaktive Stoffe präsentieren. Politisch gilt der Bözberg als idealer Standort, da der Widerstand im atomfreundlichen Aargau am geringsten ist. Die Nagra hat daneben auch noch das Zürcher Weinland und das Gebiet Lägeren (ZH, AG) zur Auswahl gestellt.

Diese Ausgangslage zwingt die beiden Basel zum Handeln. Gemäss den kantonalen Verfassungen müssen sich die Regierungen gegen geplante Atomanlagen in der Nachbarschaft

wehren. Das Basler Gesundheitsdepartement erwägt darum, eine von der Nagra unabhängige Studie über das Gefahrenpotenzial in Auftrag zu geben. Je nach Ergebnis würde die Stellungnahme von Basel-Stadt mehr oder weniger kritisch ausfallen. «Wir müssen wissen, welche Konsequenzen für unsere Bevölkerung möglich wären», sagt André Herrmann, Leiter des Gesundheitsschutzes.

GEFAHR FÜR DEN RHEIN. Sorgen bereiten ihm vor allem die möglichen Standorte am Rhein, im Zürcher Weinland und im Gebiet Lägeren. Seine Befürchtung: Die Fässer könnten aufquellen, Leck schlagen und im Laufe der Jahrhunderte den Rhein verstrahlen, aus dem Basel sein Trinkwasser bezieht. Eine Expertise würde Gewissheit bringen. «Sie könnte zeigen, ob das Risiko tatsächlich zu gross ist – oder aber Vertrauen schaffen», sagt Herrmann. Einziger Nachteil einer Studie: Sie wäre

aufwendig und entsprechend teuer. Nach Ansicht von Herrmann sollte sie darum von Basel-Stadt und Baselland gemeinsam bestellt werden: «Beide Kantone haben in dieser Angelegenheit ja die gleichen Interessen.» Wahrnehmen will der Basler Gesundheitsschutz diese Interessen möglichst bald, bevor die Standortauswahl noch weiter eingeengt wird. Danach wäre es zu spät, wird in Basel befürchtet.

Der Baselbieter Baudirektor Jörg Krähenbühl (SVP) schliesst zwar nicht aus, dass die Suche nach einem Endlager zum Thema in den Partnerschaftsverhandlungen der beiden Basel wird. Von einer raschen Intervention hält er aber nichts. Das Baselbiet werde sich erst wehren, wenn die Endlagerprojekte konkret seien. «Jetzt kann man noch keine seriöse Stellungnahme abgeben», sagt er im BaZ-Interview, in dem er die abwartende Haltung der Baselbieter Baudirektion und der Regierung begründet. >